



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in Deutschland 2021

Zentrale Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung

Timo Graf

Forschungsbericht 132

August 2021

Veröffentlicht im April 2022

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor

Redaktionsschluss ist der 17. August 2021

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 404

E-Mail: timograf@bundeswehr.org

www.zmsbw.de

© ZMSBw 2022

Projektnummer: 7141-01

ISBN: 978-3-941571-51-8

URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-5211>

DOI: <https://doi.org/10.48727/opus4-521>

Inhaltsverzeichnis

1	Executive Summary	1
2	Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen.....	2
3	Außenpolitische Grundeinstellungen	3
4	Landes- und Bündnisverteidigung	4
5	EU-Verteidigungszusammenarbeit	5
6	Bilaterale Beziehungen zu den USA, Russland und China	6
7	Haltungen zur Bundeswehr.....	7
8	Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr	8
9	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	9
10	Verteidigungsausgaben und Personalumfang.....	10
11	Aufgaben der Bundeswehr	11
12	Einsätze der Bundeswehr im Ausland	13
13	Methodologie.....	15

1 Executive Summary

- Die Daten der diesjährigen Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr wurden **vom 26. Juni bis 1. August 2021** erhoben. Befragt wurden 2.037 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Stichprobe ist repräsentativ für die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren. → S. 15
- In der Befragungszeit zog die Bundeswehr ihre letzten Kräfte aus Afghanistan ab (29.6.2021), in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ereignete sich die Flutkatastrophe (14.7.2021). **Die Einnahme der afghanischen Hauptstadt Kabul durch die Taliban (15.8.2021) und die Evakuierungsflüge der Bundeswehr (ab 16.8.2021) fanden nach Ende der Befragung statt.**
- Das persönliche **Bedrohungsgefühl** in der Bevölkerung durch die Spannungen zwischen dem Westen und Russland ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (+6 Prozentpunkte). → S. 2
- Nur noch die Hälfte der Befragten plädiert für eine **aktive Außenpolitik** Deutschlands. → S. 3
- Die Zustimmung zu Deutschlands Engagement und Mitgliedschaft in der NATO bleibt hoch. Die Beteiligung der Bundeswehr an konkreten **Maßnahmen zur Sicherung der NATO-Ostflanke** trifft dagegen auf ein geteiltes Echo. → S. 4
- Eine absolute Mehrheit der Befragten spricht sich für eine Vertiefung der **EU-Verteidigungszusammenarbeit** aus, die überwiegend als Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden wird. → S. 5
- In der öffentlichen Wahrnehmung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA ist ein **deutlicher „Biden-Effekt“** feststellbar: Eine klare Mehrheit der Bevölkerung sieht die USA wieder als verlässlichen Bündnispartner. → S. 6
- Ein wachsender Teil der Bevölkerung nimmt **Russland und China als sicherheitspolitische Bedrohungen** wahr. → S. 6
- Die seit Jahren **positive Grundeinstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr** erreicht 2021 mit 83 Prozent einen neuen Höchstwert. Im Vergleich zum Vorjahr haben alle staatlichen Institutionen an Vertrauen verloren, einzig das Vertrauen in die Bundeswehr ist unverändert hoch (85 Prozent). → S. 7
- Im Vergleich zum Vorjahr wird die Bundeswehr von den Befragten viel **häufiger in den Medien wahrgenommen**. Auch ist der persönliche Eindruck von der Bundeswehr dabei deutlich positiver als im Jahr zuvor. Dies gilt insbesondere für den wahrgenommenen Tenor der Berichterstattung in den klassischen Massenmedien. → S. 8
- 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten die Bundeswehr für einen attraktiven Arbeitgeber für junge Leute. Die **Arbeitgeberattraktivität** ist bei jungen Männern am höchsten. → S. 9
- Für eine Erhöhung der **Verteidigungsausgaben** spricht sich eine relative Mehrheit von 41 Prozent der Bevölkerung aus. Zudem plädieren 39 Prozent für eine Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. → S. 10
- Der öffentliche Zuspruch zum **Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands zur Abwehr von Cyberangriffen** ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. → S. 11
- In der Landes- und Bündnisverteidigung sieht die Bevölkerung die vorrangigste Aufgabe der Bundeswehr. Eine absolute Mehrheit der Bevölkerung plädiert dafür, dass die Bundeswehr **Waffengewalt als äußerstes Mittel** einsetzen können sollte – und zwar im gesamten Aufgabenspektrum. → S. 12
- Im Vergleich zum Vorjahr ist die **öffentliche Zustimmung zu fast allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr gesunken**. Einzige Ausnahme ist Resolute Support (keine Veränderung). Aktuell erhält kein Auslandseinsatz der Bundeswehr die Zustimmung von mindestens der Hälfte der Bevölkerung. **Nur 12 Prozent der Bürgerinnen und Bürger fühlen sich gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert.** → S. 13
- Den **Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan** bewerten 33 Prozent der Bürgerinnen und Bürger als Misserfolg, 37 Prozent sind geteilter Meinung und 18 Prozent beurteilen den Einsatz als Erfolg. Die Auswirkungen des Afghanistaneinsatzes werden insgesamt differenziert beurteilt. → S. 13

2 Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen

Die **weltweite Sicherheitslage** wird von nahezu einem Viertel der Befragten als insgesamt sehr sicher (2 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2020) oder eher sicher (22 Prozent; keine Veränderung) bewertet. Jeder Dritte meint jedoch, die weltweite Lage sei eher unsicher (29 Prozent; -4 Prozentpunkte) oder sehr unsicher (7 Prozent; -3 Prozentpunkte). Die Mehrheit der Befragten ist geteilter Meinung (39 Prozent; +5 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahr wird die weltweite Sicherheitslage insgesamt leicht positiver bewertet.

Die **Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland** wird dagegen im Vergleich zum Vorjahr etwas negativer wahrgenommen. Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (48 Prozent; -5 Prozentpunkte) oder sehr sicher (13 Prozent; +1 Prozentpunkt). Etwas mehr als ein Viertel der Befragten ist geteilter Meinung (27 Prozent; +4 Prozentpunkte), während etwa jeder Zehnte der Auffassung ist, die Lage in Deutschland sei eher unsicher (11 Prozent; keine Veränderung) oder sehr unsicher (2 Prozent; keine Veränderung).

Die **persönliche Sicherheitslage** wird im Vergleich zur weltweiten und nationalen Sicherheitslage deutlich positiver bewertet und bleibt auf dem Niveau des Vorjahres. Die Mehrheit der Befragten fühlt sich persönlich sehr sicher (23 Prozent; +1 Prozentpunkt) oder eher sicher (49 Prozent; -1 Prozentpunkt). Einer von fünf Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheitsgefühl (21 Prozent; keine Veränderung) und nur wenige empfinden ihre persönliche Lage als eher unsicher (6 Prozent; keine Veränderung) oder sehr unsicher (1 Prozent; keine Veränderung).

Insgesamt fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger primär durch eine Mischung aus ökonomischen (steigende Preise), ökologischen (Klimawandel und Coronavirus) und innenpolitischen (Zuwanderung nach Deutschland) Faktoren in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (vgl. Tabelle

1). Außenpolitische Risikofaktoren spielen insgesamt eine nachgeordnete Rolle für das persönliche Sicherheitsgefühl. Im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch das **Bedrohungsgefühl durch die Spannungen zwischen dem Westen und Russland um 6 Prozentpunkte gestiegen**. Dagegen ist die wahrgenommene Bedrohung durch die Spannungen zwischen Europa und den USA deutlich zurückgegangen (-7 Prozentpunkte).

Tabelle 1: Bedrohungsfaktoren

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“		
	Bedroht	Vgl. 2020
Steigende Preise	53	+5
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	48	+2
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	44	0
Zuwanderung nach Deutschland	43	-2
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	39	+6
Ansteckung mit dem Coronavirus	36	-8
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	36	-1
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	35	+1
Terroranschläge in Deutschland	31	0
Weltweites militärisches Wettrüsten	28	-3
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	26	+2
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	24	-3
Kriminalität im Internet	24	+1
Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland	23	+4
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	23	+6
Störfall in einem Atomkraftwerk	22	0
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	20	-2
Kriminalität in meinem Umfeld	19	-3
Spannungen zwischen dem Westen und China	17	Neu
Krieg in Europa	15	0
Spannungen zwischen Europa und den USA	14	-7
Zerfall der EU	14	-1

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Anteile „stark bedroht“ und „eher bedroht“ wurden zusammengefasst. Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2020 und 2021.

3 Außenpolitische Grundeinstellungen

Eine Mehrheit von 53 Prozent der Befragten plädiert dafür, dass Deutschland eher eine **aktive Außenpolitik** verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte (-5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020). Dagegen sind 38 Prozent der Meinung, Deutschland sollte sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten heraushalten (+2 Prozentpunkte).

Eine Mehrheit von 56 Prozent ist zudem der Überzeugung, dass die **Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene** in den letzten Jahren zugenommen habe (-6 Prozentpunkte). Seit 2017 ist diese Wahrnehmung rückläufig. 30 Prozent der Befragten (+4 Prozentpunkte) nehmen diesbezüglich keine Veränderung wahr und 7 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind der Auffassung, Deutschlands internationale Verantwortung habe abgenommen.

Gefragt nach den **Mitteln, die Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sollte**, erhalten diplomatische Verhandlungen die größte Zustimmung der Befragten (84 Prozent; +3 Prozentpunkte; Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst). Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet zudem Rüstungskontrolle (72 Prozent; -1 Prozentpunkt), Entwicklungszusammenarbeit (70 Prozent; -1 Prozentpunkt), Wirtschaftssanktionen (61 Prozent; +4 Prozentpunkte) sowie Ausbildungseinsätze (60 Prozent; -4 Prozentpunkte) und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (57 Prozent; -4 Prozentpunkte). Keine mehrheitliche Unterstützung erfahren Polizeieinsätze im Ausland (35 Prozent; +1 Prozentpunkt), Kampfeinsätze der Bundeswehr (34 Prozent; +1 Prozentpunkt), Waffenlieferungen an befreundete Staaten (33 Prozent; +3 Prozentpunkte) sowie die Aufnahme von Flüchtlingen (31 Prozent; -5 Prozentpunkte).

Die Zustimmung zum Prinzip des **Multilateralismus** ist unverändert hoch: 74 Prozent (+1 Prozentpunkt) stimmen der Aussage zu, Deutschland

sollte sich bei einer internationalen Krise mit seinen Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen. Nur eine Minderheit von 6 Prozent lehnt ein solches Vorgehen ab und 20 Prozent haben eine ambivalente Haltung.

Die **Bereitschaft zur Orientierung an den USA in außenpolitischen Fragen** (Atlantizismus) ist mit US-Präsident Joe Biden deutlich gestiegen: Eine relative Mehrheit von 42 Prozent (+13 Prozentpunkte) vertritt die Position, Deutschland sollte in außenpolitischen Fragen in Übereinstimmung mit den USA handeln, während 16 Prozent (-14 Prozentpunkte) gegenteiliger Auffassung und 38 Prozent geteilter Meinung sind.

Zum **Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten** ist das Meinungsbild eindeutig: 67 Prozent (+3 Prozentpunkte) der Bürgerinnen und Bürger sind dafür und 11 Prozent (-2 Prozentpunkte) dagegen, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden sollte. Zudem lehnen 49 Prozent (+3 Prozentpunkte) der Befragten ab, dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten allein und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, während 26 Prozent (-2 Prozentpunkte) ein solches Vorgehen befürworten.

Eine relative Mehrheit von 46 Prozent der Befragten ist davon überzeugt, dass sich Deutschland zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung stärker in den **Vereinten Nationen** engagieren sollte. Nur 34 Prozent plädieren für eine stärkere militärische Beteiligung Deutschlands an den Einsätzen der Vereinten Nationen. Etwas mehr als ein Viertel (28 Prozent) lehnt ein stärkeres militärisches Engagement explizit ab. Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (58 Prozent) ist dafür, dass Deutschland sich um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bemühen sollte.

4 Landes- und Bündnisverteidigung

Deutschlands Engagement und Mitgliedschaft in der **NATO erfährt in der deutschen Bevölkerung große Zustimmung**. Eine absolute Mehrheit ist der Auffassung, Deutschland müsse auch weiterhin der NATO angehören, um seine Sicherheit zu gewährleisten (72 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2020), und Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in der NATO engagieren (55 Prozent; -5 Prozentpunkte). Nur eine Minderheit von 7 bzw. 10 Prozent vertritt eine gegenteilige Meinung. Eine ebenfalls klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertritt die Meinung, dass Deutschland seine **finanziellen Zusagen an die NATO** einhalten sollte (68 Prozent), während dies 7 Prozent ablehnen und 21 Prozent unentschieden sind.

Die **Bündnistreue Deutschlands wird von der Mehrheit der Bevölkerung positiv bewertet**: 67 Prozent sind davon überzeugt, dass Deutschland hinter seinen Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehe, 8 Prozent sind gegenteiliger Meinung und 20 Prozent haben eine ambivalente Haltung in dieser Frage.

Eine mögliche **Verstärkung der militärischen Präsenz der NATO in Osteuropa** stößt in der Bevölkerung wie in den Vorjahren auf ein geteiltes Echo: 36 Prozent (+2 Prozentpunkte) sprechen sich dafür aus, dass die NATO ihre Präsenz in Osteuropa verstärken sollte, 30 Prozent lehnen dies ab und 28 Prozent sind unentschieden. Die **Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der baltischen Staaten** ist ähnlich ambivalent: 31 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind der Auffassung, Deutschland sollte die baltischen Staaten

militärisch unterstützen, damit sich diese gegen Russland wehren können, 32 Prozent lehnen ein solches Engagement ab und 31 Prozent sind geteilter Meinung. Zwischen der hohen Zustimmung zu Deutschlands Engagement und Mitgliedschaft in der NATO einerseits und dem öffentlichen Zuspruch zur praktischen Verstärkung der NATO-Ostflanke besteht folglich eine auffallende Diskrepanz.

Dieser Eindruck erhärtet sich, wenn man die öffentliche Zustimmung zur Bündnisverteidigung im Abstrakten (→ S. 12) mit der Unterstützung für die **anerkannten Missionen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung** (→ S. 13) vergleicht: Während sich eine klare Mehrheit dafür ausspricht, dass die Bundeswehr eingesetzt werden sollte, um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird (72 Prozent; +2 Prozentpunkte), fällt die Zustimmung zur konkreten Beteiligung der Bundeswehr an der Verstärkung des Air Policing im Baltikum (VAPB) zur Überwachung des dortigen Luftraums (36 Prozent; -1 Prozentpunkt) und an der Enhanced Forward Presence (EFP) in Litauen (37 Prozent; -3 Prozentpunkte) deutlich geringer aus. Jeweils mehr als ein Viertel der Bevölkerung lehnt eine Beteiligung der Bundeswehr an diesen Missionen sogar explizit ab (VAPB: 29 Prozent; EFP: 28 Prozent). Damit bestätigt sich, dass zwischen der prinzipiellen Bündnistreue der deutschen Bevölkerung und ihrer Zustimmung zu konkreten Maßnahmen zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner ein deutliches Missverhältnis besteht.

5 EU-Verteidigungszusammenarbeit

In der Bevölkerung besteht ein **positives Meinungsbild zur EU-Verteidigungskooperation**. Im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch ein **Rückgang im öffentlichen Zuspruch** zu verzeichnen. Eine klare Mehrheit ist davon überzeugt, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren sollte (59 Prozent; -6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020); nur 11 Prozent sprechen sich dagegen aus. Eine Mehrheit vertritt zudem die Auffassung, dass die EU eine **gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik** haben sollte (64 Prozent; -2 Prozentpunkte), als **eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur** auftreten (51 Prozent; -6 Prozentpunkte) und die gemeinsame Entwicklung europäischer Rüstungsprojekte finanziell unterstützen sollte (51 Prozent; -1 Prozentpunkt).

Eine relative Mehrheit befürwortet zudem den **Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee** im Rahmen der EU (47 Prozent; keine Veränderung). Allerdings dürfte eine solche Armee weniger öffentliche Unterstützung in Deutschland erfahren, wenn sie nicht als Parlamentsarmee nach dem Vorbild der Bundeswehr konzipiert und kommuniziert wird. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Konzeption der Bundeswehr als **Parlamentsarmee** und steht einer der Legislative weitgehend entzogenen „Exekutivarmee“ kritisch gegenüber (→ S. 3). Ein Vergleich der Befürworter und Gegner der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte offenbart: Die Befürworter der Parlamentsarmee unterstützen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee weniger (44 Prozent Zustimmung) als die

Befürworter einer „Exekutivarmee“ (55 Prozent Zustimmung).

Hinsichtlich der **Kooperation zwischen der EU und der NATO** scheinen sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger zu widersprechen. Während 55 Prozent dafür plädieren, dass die EU ihre Sicherheit unabhängig von der NATO gewährleisten können sollte, sprechen sich 58 Prozent für eine engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO in der Verteidigungspolitik aus. Dieser scheinbare Widerspruch kann jedoch aufgelöst werden: Die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO (→ S. 4) korreliert signifikant und positiv mit den Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit, d.h. **je mehr Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO unterstützt werden, desto stärker wird auch die EU-Verteidigungszusammenarbeit befürwortet**. Die Gruppe der NATO-Befürworter in der deutschen Bevölkerung stimmt darüber hinaus allen Teilaspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit sehr viel stärker zu als die Gruppe der NATO-Gegner: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 72 zu 36 Prozent Zustimmung; EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur 57 zu 37 Prozent Zustimmung; Europäischer Verteidigungsfonds 57 zu 28 Prozent Zustimmung; EU-Armee 53 zu 25 Prozent Zustimmung. Diese Befunde legen nahe, dass der Ausbau der EU-Verteidigungszusammenarbeit als ein Beitrag zur **Stärkung der europäischen Säule der NATO** verstanden wird.

6 Bilaterale Beziehungen zu den USA, Russland und China

Im Vergleich zum Jahr 2020 nehmen die Bürgerinnen und Bürger die **bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA wesentlich positiver wahr** – es zeigt sich ein deutlicher „Biden-Effekt“. Eine klare Mehrheit von 58 Prozent sieht in den USA einen zuverlässigen Partner Deutschlands (+29 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020). Nur 9 Prozent sehen das nicht so. Umgekehrt ist die **wahrgenommene Bedrohung durch die Außen- und Sicherheitspolitik der USA deutlich zurückgegangen**: nur noch 18 Prozent (-19 Prozentpunkte) sehen in der Politik der USA eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands, während 49 Prozent gegenteiliger Meinung sind. Parallel dazu hat sich die **öffentliche Meinung zur Bündnistreue der USA deutlich verbessert**: 54 Prozent (+23 Prozentpunkte) glauben, dass die USA hinter ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen, und nur noch 21 Prozent (-26 Prozentpunkte) sind davon überzeugt, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA den Zusammenhalt der NATO gefährde. Positiv hat sich auch die Überzeugung entwickelt, dass die USA in die Verteidigung Europas eingebunden bleiben sollten: 56 Prozent (+11 Prozentpunkte) teilen diese Ansicht, 14 Prozent lehnen sie ab und 26 Prozent sind unentschieden. 51 Prozent der Befragten sehen in der **Aufrüstung der US-Streitkräfte keine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands**. Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (53 Prozent) ist zudem davon überzeugt, dass Deutschland und die USA gemeinsame Werte teilen, 11 Prozent verneinen das.

Die **öffentliche Meinung über das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland** ist wie in den Vorjahren als ambivalent zu charakterisieren. Einzig **Cyberangriffe aus Russland** werden von einer absoluten Mehrheit (50 Prozent) als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden. Im Vergleich zum Vorjahr ist die **wahrgenommene Bedrohung durch Russland insgesamt gestiegen**: 35 Prozent (+5 Prozentpunkte) der Bürgerinnen und

Bürger betrachten die russische Außen- und Sicherheitspolitik als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands. Auch Russlands militärisches Vorgehen in der Ukraine wird deutlich kritischer beurteilt: 34 Prozent (+8 Prozentpunkte) sehen darin eine Bedrohung für Deutschlands Sicherheit, 27 Prozent sehen das nicht und 33 Prozent sind unentschieden. Die **Aufrüstung der russischen Streitkräfte** wird von 39 Prozent als Bedrohung wahrgenommen. Etwas weniger als ein Viertel der Befragten (22 Prozent) ist der Auffassung, dass Deutschland und Russland gemeinsame Werte teilen, 42 Prozent verneinen das.

Die **öffentliche Meinung über die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und China** hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verschlechtert. So glauben nur noch 25 Prozent (-4 Prozentpunkte) der Befragten, dass China ein zuverlässiger Partner Deutschlands sei, 36 Prozent sind geteilter Meinung und 33 Prozent vertreten die gegenteilige Ansicht. Seit 2019 ist der Anteil derjenigen, die in China einen zuverlässigen Partner Deutschlands sehen, um insgesamt 13 Prozentpunkte zurückgegangen. Auch empfindet ein wachsender Teil der Bevölkerung die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands (33 Prozent; +8 Prozentpunkte). Andererseits sehen nahezu gleich viele Befragte in Chinas Politik keine Bedrohung für Deutschlands Sicherheit (30 Prozent). Die öffentliche Meinung zur **Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte** ist ähnlich ambivalent: 34 Prozent sehen darin eine Bedrohung, 33 Prozent sehen das nicht und 26 Prozent sind geteilter Meinung. Nur 34 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürworten, dass sich Deutschland gemeinsam mit anderen demokratischen Staaten für die **Sicherheit im Indo-Pazifik** einsetzt, während 25 Prozent dies ablehnen. Ein klareres Meinungsbild zeigt sich dagegen in der Frage, ob Deutschland und China gemeinsame Werte teilen: Lediglich 18 Prozent bejahen diese Frage, während 52 Prozent sie verneinen.

7 Haltungen zur Bundeswehr

Die seit Jahren positive Grundeinstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erreicht aktuell mit 83 Prozent (+1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2020) einen neuen Höchstwert. Seit 2019 ist die positive Einstellung zur Bundeswehr um insgesamt 7 Prozentpunkte gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr ist auch der Anteil derjenigen leicht gestiegen, die die Bundeswehr als wichtig für Deutschland erachten (74 Prozent; +2 Prozentpunkte). Darüber hinaus genießt die Bundeswehr bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (59 Prozent; +1 Prozentpunkt) ein hohes oder eher hohes Ansehen. Ebenso viele Befragte (61 Prozent; +2 Prozentpunkte) geben an, dass sie dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten volle oder hohe Anerkennung entgegenbringen. Eine große Mehrheit von 85 Prozent vertraut der Bundeswehr – mehr als vielen anderen staatlichen Institutionen (vgl. Abbildung 1). Im Vergleich zum Vorjahr ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in alle staatlichen Institutionen leicht gesunken – einzige Ausnahme ist die Bundeswehr, deren Vertrauenswerte unverändert hoch sind.

Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland beurteilen 79 Prozent (+2 Prozentpunkte) der Befragten positiv und nur 3 Prozent negativ. Auch die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland bewertet eine Mehrheit positiv (61 Prozent; -1 Prozentpunkt). Kritischer fällt dagegen das Urteil der Bürgerinnen und Bürger zur gesellschaftlichen Einbindung der Bundeswehr mit 50 Prozent (+4 Prozentpunkte) positiven Bewertungen aus; 31 Prozent kommen zu einer ambivalenten Einschätzung und 16 Prozent bewerten diesen Aspekt negativ. Zudem sind nur 38 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass die Bundeswehr genug unternehme, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Einschätzung jedoch um 5 Prozentpunkte verbessert. Nochmals kritischer ist die Haltung der Befragten zur Ausrüstung und Bewaffung der Bundeswehr: Während 35 Prozent (-3 Prozentpunkte) den Ausrüstungszustand negativ bewerten, äußern sich nur 30 Prozent (+2 Prozentpunkte) positiv. Der verbesserungswürdige Zustand der Ausrüstung und Bewaffung der Streitkräfte ist also im Bewusstsein der Bevölkerung nahezu unverändert präsent.

Abbildung 1: Vertrauen in staatliche Institutionen

„Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Anteile „vertraue voll und ganz“, „vertraue überwiegend“ und „vertraue eher“ wurden zusammengefasst. Vgl. 2020: Differenz zwischen 2021 und 2020. Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2020 und 2021.

8 Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten wahr – persönlich wie medial. Grundsätzlich fällt auf, dass die Befragten die Bundeswehr deutlich öfter in den Medien wahrnehmen als bei Gelegenheiten, die einen persönlichen Kontakt ermöglichen.

Im Vergleich zum Vorjahr wird die Bundeswehr 2021 von den Befragten häufiger in den Medien wahrgenommen (vgl. Abbildung 2). Auch ist der persönliche Eindruck von der Bundeswehr dabei deutlich positiver als im Jahr zuvor. Dies gilt insbesondere für den wahrgenommenen Tenor der Berichterstattung in den klassischen Massenmedien. Die **Amtshilfe der Bundeswehr im Kampf gegen das Coronavirus** und die von der Bundeswehr im Befragungszeitraum geleistete Hochwasserhilfe dürften hierfür verantwortlich sein. Obwohl nur ein geringer Teil der Bevölkerung die Bundeswehr

bei Übungen und Hilfeleistungen wahrgenommen hat, war der persönliche Eindruck bei diesen Gelegenheiten insgesamt am positivsten (88 Prozent).

Der **Eindruck von der Bundeswehr fällt bei persönlichen Begegnungen nochmals positiver aus als bei medialen Berichten**. Allerdings wird die Bundeswehr auf diesen Wegen am seltensten wahrgenommen. Umgekehrt heißt das: Die Bundeswehr wird über die Medien zwar häufiger, aber nicht ganz so positiv wahrgenommen wie bei persönlichen Begegnungen. Sobald es die Pandemielage zulässt, könnten öffentliche Veranstaltungen der Bundeswehr, wie z.B. der Tag der Bundeswehr, wieder als Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden und damit wertvolle Gelegenheiten für einen persönlichen Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Soldatinnen und Soldaten ermöglichen.



9 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

Die Mehrheit der Befragten (60 Prozent; -3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) ist der Auffassung, dass die **Bundeswehr für junge Menschen ein sehr oder eher attraktiver Arbeitgeber** ist, während 32 Prozent gegenteiliger Meinung sind (+3 Prozentpunkte). Seit 2018 nimmt der Anteil derjenigen, die davon überzeugt sind, dass die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen ist, kontinuierlich ab (-9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018).

Alle Befragten, die zum Zeitpunkt des Interviews nicht älter als 50 Jahre waren (n = 1.023), wurden zusätzlich gefragt, wie attraktiv die Bundeswehr als Arbeitgeber *für sie selbst* ist. Für 33 Prozent ist die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber, für 64 Prozent ist sie das nicht. **Am attraktivsten ist die Bundeswehr als Arbeitgeber für Männer unter 30 Jahren:** 47 Prozent sehen in der Bundeswehr einen attraktiven Arbeitgeber für sich selbst (+6 Prozentpunkte). Bei den Frauen unter 30 Jahren beträgt dieser Anteil nur 22 Prozent und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozentpunkte gesunken.

Abschließend wurden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bis 50 Jahre gefragt, ob sie sich zumindest für eine gewisse Zeit eine berufliche Tätigkeit bei der Bundeswehr vorstellen könnten. Von denjenigen Befragten, die noch nie bei der Bundeswehr beschäftigt waren, können sich 22 Prozent vorstellen, eine zivile Tätigkeit auszuüben, und 10 Prozent, Soldatin oder Soldat zu werden. Unter den ehemaligen Soldatinnen und Soldaten können sich 33 Prozent vorstellen, erneut als Soldat oder Soldatin bei der Bundeswehr zu dienen.

Von den Männern unter 30 Jahren, die noch nie in der Bundeswehr beschäftigt waren, könnten sich 29 Prozent vorstellen, als Zivilist bei der Bundeswehr zu arbeiten, und 23 Prozent können sich vorstellen, Soldat zu werden. In der Gruppe der Frauen unter 30 Jahren, die noch nie in der Bundeswehr beschäftigt waren, könnten sich 18 Prozent vorstellen, in einer zivilen Verwendung tätig zu sein, und 7 Prozent, Soldatin zu werden.



© Bundeswehr/Sebastian Wilke

Eine Schülerin steigt in den Waffenträger Wiesel am Girls' Day 2019 im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin, 28.3.2019.

10 Verteidigungsausgaben und Personalumfang

Eine **relative Mehrheit von 41 Prozent der Bürgerinnen und Bürger spricht sich aktuell für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus.**

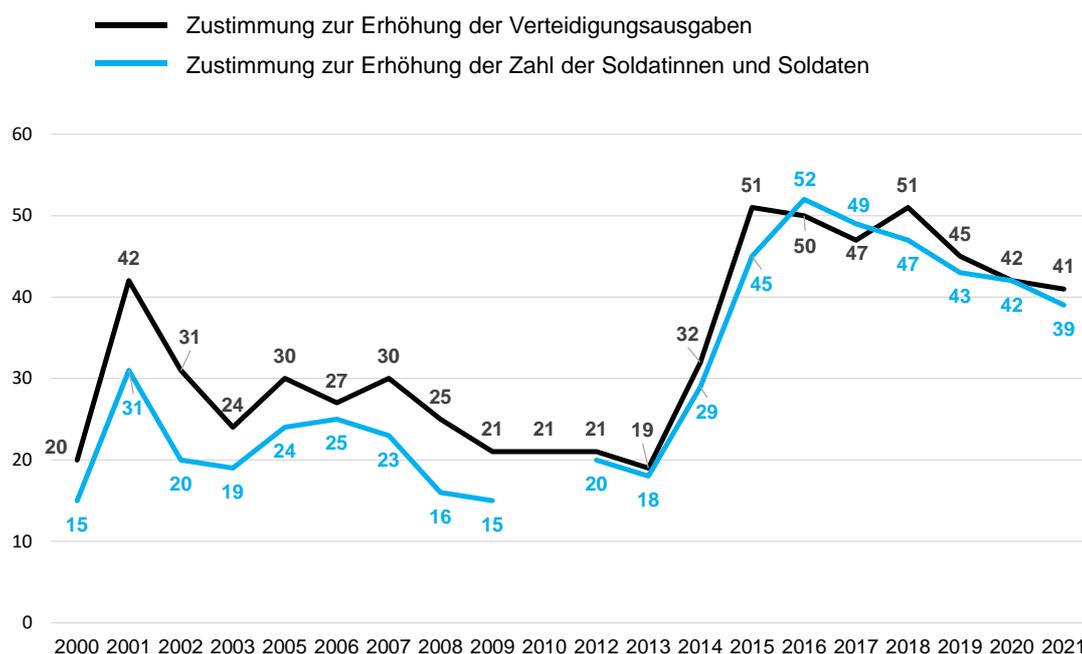
40 Prozent stimmen dafür, die Verteidigungsausgaben gleich zu halten, und nur 13 Prozent plädieren für eine Verringerung. Die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben geht seit 2018 zurück (vgl. Abbildung 3). Die öffentliche Meinung zum militärischen Personalumfang ist ähnlich ausgeprägt: 39 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten aus, **45 Prozent sind für eine gleichbleibende Personalstärke**, während eine Minderheit von 10 Prozent für eine Reduzierung des Personals plädiert. Die Zustimmungswerte zum Personalaufwuchs der Bundeswehr sinken kontinuierlich seit 2016 (vgl. Abbildung 3).

Die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum Personalumfang der Bundeswehr verläuft unverkennbar parallel zur Einstellung zur Höhe der

Verteidigungsausgaben. Beide Einstellungen weisen eine statistisch signifikante Korrelation auf. Diese Befunde sprechen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger beide Themen als zwei Seiten derselben Medaille sehen.

Insgesamt zeigt sich das Meinungsbild zu den Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Zeitverlauf als beachtlich unbeständig. Im Jahr 2001 und im Zeitraum 2014–2016 stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Personalstärke der Bundeswehr sprunghaft an, was als Reaktion der Bevölkerung auf Veränderungen in der sicherheitspolitischen Lage interpretiert werden kann (z.B. Anschläge vom 11. September 2001 oder russische Annexion der Krim im Jahr 2014). Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Erhöhung der Ausgaben oder des Personalumfangs wird folglich durch die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Lage beeinflusst.

Abbildung 3: Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteile „stark erhöht werden“ und „eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst.
 Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000-2021. Die Frage zu den Verteidigungsausgaben wurde 2004 und 2011 nicht erhoben.
 Die Frage zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten wurde 2004, 2010 und 2011 nicht erhoben.

11 Aufgaben der Bundeswehr

Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßt den Einsatz der Bundeswehr bei besonderen Lagen oder zur Wahrnehmung besonderer Schutzaufgaben im Inland. Wie bereits im Vorjahr erhalten der Einsatz der Bundeswehr zur Katastrophenhilfe (85 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2020) und zum Schutz des deutschen Luftraums und der deutschen Küsten vor Terroranschlägen (79 Prozent; keine Veränderung) den größten Zuspruch der Befragten (vgl. Abbildung 4). Den vergleichsweise geringsten Zuspruch erfahren der Einsatz der Bundeswehr bei der Aufnahme von Flüchtlingen (51 Prozent; -1 Prozentpunkt) sowie zur Verhinderung von Internetangriffen auf die Infrastruktur (53 Prozent; +5 Prozentpunkte) und auf öffentliche Einrichtungen in Deutschland (59 Prozent; +9 Prozentpunkte). Der Einsatz der Bundeswehr zur Abwehr von Cyberangriffen wird von den Bürgerinnen und Bürgern deutlich stärker begrüßt als im Vorjahr.



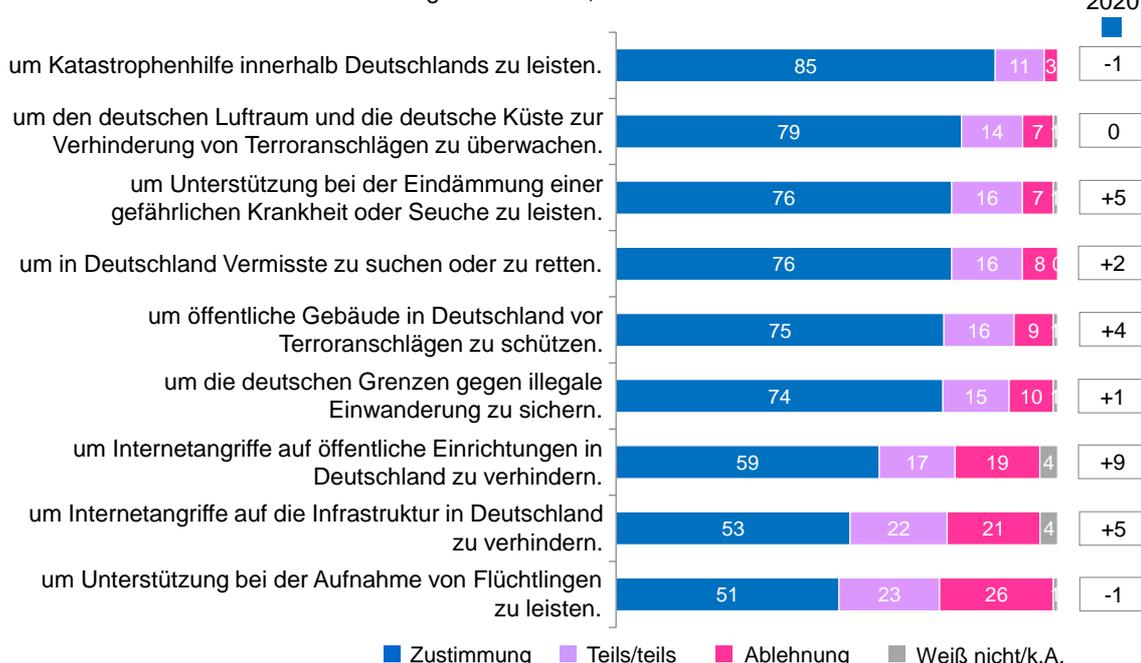
© 2021 Bundeswehr/Roland Alpers

Ein Stabsarzt der Bundeswehr im Einsatz im Impfzentrum Hardhöhe in Bonn am 28.5.2021.

Auch der Einsatz der Bundeswehr zur Eindämmung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche erfährt aktuell eine größere Zustimmung als 2020 (76 Prozent; +5 Prozentpunkte). Insgesamt ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, die Bundeswehr innerhalb Deutschlands einzusetzen, im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Abbildung 4: Einstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr in Deutschland

„Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die Bundeswehr zu oder lehnen Sie diese ab? Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden, ...“



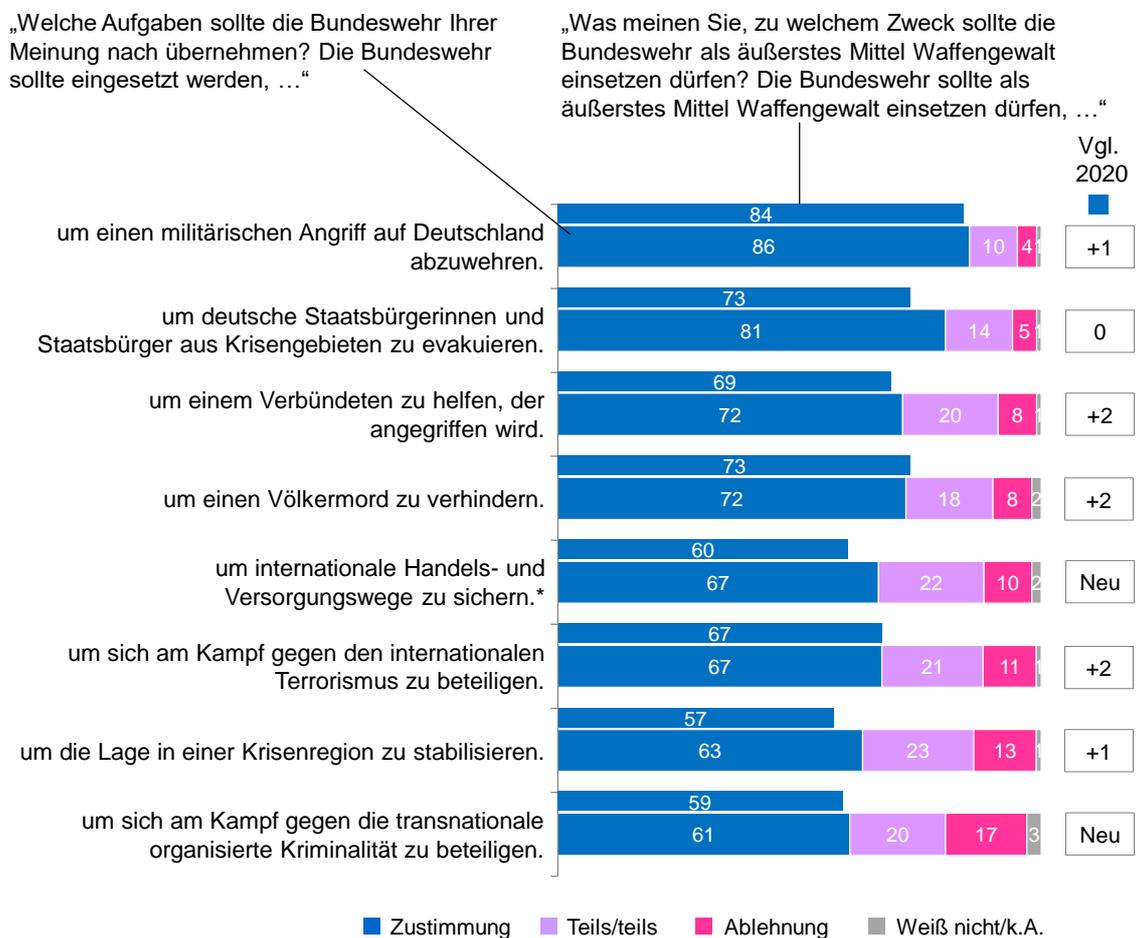
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2020: Differenz Zustimmung 2021 zu 2020. Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2020 und 2021. Die Frage wurde 2021 nur der Hälfte der Teilnehmenden gestellt (n = 956).

Die Teilnehmenden wurden zudem gefragt, für welche Aufgaben die Bundeswehr grundsätzlich eingesetzt werden sollte (vgl. Abbildung 5). Die höchsten Zustimmungswerte erhalten die **Abwehr eines militärischen Angriffs auf Deutschland** (86 Prozent) und die Evakuierung von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aus Krisengebieten (81 Prozent). Den vergleichsweise geringsten Zuspruch erfahren die Stabilisierung von Krisenregionen (63 Prozent) und die Beteiligung am Kampf gegen die transnationale organisierte Kriminalität (61 Prozent).

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist der Auffassung, dass die Bundeswehr zur Er-

füllung ihrer Aufgaben als äußerstes Mittel Waffengewalt einsetzen dürfen sollte. Die Zustimmungswerte zum Einsatz von Waffengewalt entsprechen ungefähr den jeweiligen Zustimmungswerten zur Übernahme der verschiedenen Aufgaben. Zwischen der Zustimmung zur Übernahme der jeweiligen Aufgabe und der entsprechenden Bereitschaft zum Einsatz von Waffengewalt im Rahmen der Aufgabenerfüllung besteht für alle Aufgaben ein statistisch signifikanter und positiver Zusammenhang. Am stärksten ist dieser Zusammenhang für die Aufgabe der Landesverteidigung ausgeprägt und am schwächsten für die Stabilisierung von Krisenregionen.

Abbildung 5: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr und zum Einsatz von Waffengewalt



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2020: Differenz Zustimmung 2021 zu 2020. Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2020 und 2021. *Diese Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 1.081).

12 Einsätze der Bundeswehr im Ausland

Die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu den Auslandseinsätzen und anerkannten Missionen der Bundeswehr ist insgesamt als ambivalent zu charakterisieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die öffentliche Zustimmung zu fast allen Einsätzen gesunken. Einzige Ausnahme ist der Resolute-Support-Einsatz in Afghanistan (36 Prozent Zustimmung; keine Veränderung im Vergleich zu 2020). **Kein Einsatz der Bundeswehr im Ausland erhält die Zustimmung von mindestens der Hälfte der Bevölkerung** (vgl. Abbildung 6, S. 14). Den größten Zuspruch erhält aktuell die Operation Sea Guardian zur Seeraumüberwachung im Mittelmeer (43 Prozent; -6 Prozentpunkte). **Am kritischsten stehen die Bürgerinnen und Bürger dem EUTM-Einsatz in Mali gegenüber** (29 Prozent Zustimmung). Im letzten Jahr erfuhr dieser Einsatz noch die größte Zustimmung in der Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die Formulierung zum EUTM-Einsatz verändert, um dem neuen Einsatzmandat Rechnung zu tragen. Mit den vorliegenden Daten lässt sich der Grund für den Stimmungswandel in der Bevölkerung nicht abschließend klären.

Nur ein geringer Teil der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich gut über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland informiert (12 Prozent; -4 Prozentpunkte). In der Entwicklung dieser subjektiven Informiertheit über die Einsätze im Ausland ist im Zeitverlauf ein negativer Trend zu erkennen: Der Anteil der Bundesbürger, die sich sehr gut oder eher gut informiert fühlen, ist von 40 Prozent im Jahr 2015 kontinuierlich auf 12 Prozent im Jahr 2021 gesunken, während parallel der Anteil derjenigen, die sich sehr schlecht oder eher schlecht informiert fühlen, von 27 auf 49 Prozent im Jahr 2021 gestiegen ist.

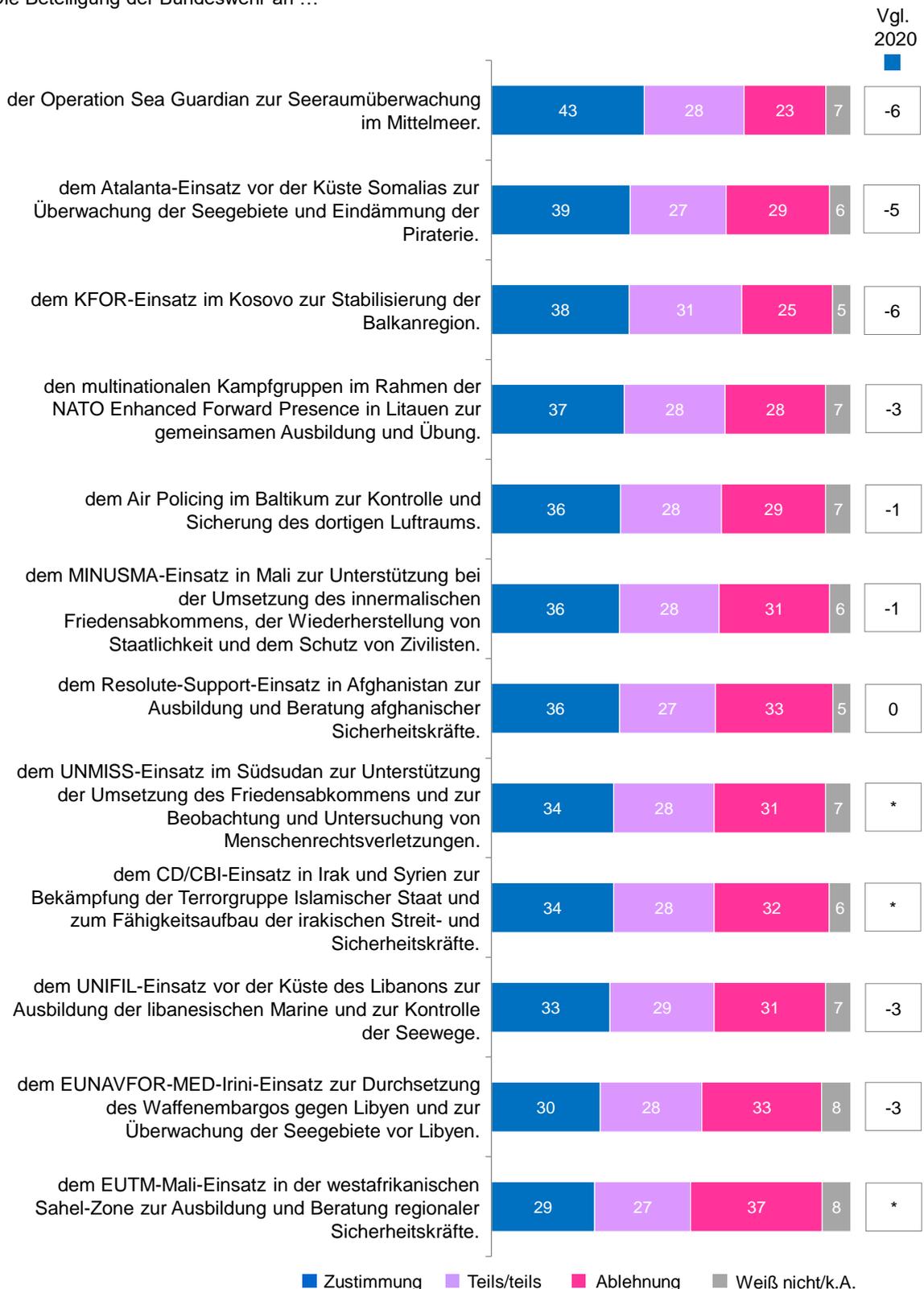
Vor dem Hintergrund des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan wurden die Teilnehmenden gefragt, wie sie die **Auswirkungen des langjährigen Engagements der Bundeswehr in Afghanistan** bewerten. Zur Einordnung der

nachfolgenden Ergebnisse wird darauf hingewiesen, dass die Befragung zwei Wochen **vor der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan** (15.8.2021) abgeschlossen wurde. Eine relative Mehrheit (42 Prozent) ist der Auffassung, dass sich der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan positiv auf das **Ansehen Deutschlands in der westlichen Welt** ausgewirkt habe (35 Prozent „keine Auswirkung“; 12 Prozent „negativ“). Fast ebenso viele Befragte (40 Prozent) glauben, dass der Einsatz eine positive Auswirkung auf das **Ansehen der Bundeswehr in Deutschland** gehabt habe (34 Prozent „keine Auswirkung“; 17 Prozent „negativ“), was der These einer einsatzbedingten Entfremdung zwischen Bevölkerung und „Einsatzarmee“ zuwiderläuft. Etwas mehr als ein Drittel (37 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger attestiert dem Einsatz eine positive Auswirkung auf **den Kampf gegen den internationalen Terrorismus** (33 Prozent „keine Auswirkung“; 20 Prozent „negativ“). Ein Drittel der Befragten (34 Prozent) ist der Ansicht, dass sich der Bundeswehreinsatz in Afghanistan positiv auf die **Stabilität in der Gesamtregion** ausgewirkt habe (30 Prozent „keine Auswirkung“; 26 Prozent „negativ“). Kritischer beurteilt werden die Auswirkungen auf die **Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln**, (27 Prozent „positiv“; 31 Prozent „keine Auswirkung“; 32 Prozent „negativ“), sowie die Auswirkungen auf die **Sicherheitslage in Deutschland** (26 Prozent „positiv“; 44 Prozent „keine Auswirkung“; 21 Prozent „negativ“) und auf das **Ansehen Deutschlands in der islamischen Welt** (21 Prozent „positiv“; 26 Prozent „keine Auswirkung“; 38 Prozent „negativ“).

Ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger (33 Prozent) ist zudem der Ansicht, dass der **Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan insgesamt ein Misserfolg** gewesen sei, 37 Prozent sind geteilter Meinung und 18 Prozent bewerten den Einsatz als Erfolg. 12 Prozent der Befragten konnten oder wollten die Frage nicht beantworten.

Abbildung 6: Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Auslandseinsätzen völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen?
Die Beteiligung der Bundeswehr an ...“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2020: Differenz Zustimmung 2021 zu 2020. Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2020 und 2021. *Keine Vergleichbarkeit zum Vorjahr, weil die Frage nicht oder mit einem nicht vergleichbaren Instrument erhoben wurde.

13 Methodologie

Die jährliche Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) wird seit 1996 durchgeführt und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Mit seiner Bevölkerungsbefragung leistet das ZMSBw als Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung einen Beitrag zur wissenschaftsbasierten Politikberatung.

Das Studienkonzept, die Ausschreibungsunterlagen und den Fragebogen der Bevölkerungsbefragung erarbeitet das ZMSBw. Auch die Auswertung der erhobenen Daten erfolgt durch das ZMSBw. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung führte 2021 das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durch, das eines der größten Markt- und Meinungsforschungsinstitute ist. Ein wesentliches Merkmal der Qualitätssicherung sind die unabhängigen ISO-Zertifizierungen der Ipsos GmbH nach ISO 9001 und ISO 20252 (internationale Qualitätsstandards in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung). Mit diesen Zertifizierungen werden die Qualitätsstandards und Prozesse transparent und regelmäßig von unabhängigen Stellen überprüft. Darüber hinaus gewährleistet die Ipsos GmbH die Einhaltung der berufsständischen Qualitätskriterien, wie sie vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforscher (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und der Deutschen Gesellschaft für Online Forschung e.V. (DGOF) verabschiedet wurden. Insbesondere schließt dies die „Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung“ ein, die vom ADM, ASI und vom Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V. herausgegeben wurden.

Als erster Teil des Pretests wurden am 3. Juni 2021 vier Interviews in einem Befragungsstudio

in Berlin durchgeführt, um insbesondere die Dynamik des Interviewverlaufs zu beobachten. Der zweite Teil des Pretests umfasste 52 Interviews, die vom 14. bis 20. Juni 2021 unter realen Feldbedingungen stattfanden. Auf der Basis dieser beiden Teile des Pretests erfolgten Anpassungen des Fragebogens.

Die Daten der Bevölkerungsbefragung wurden vom 26. Juni bis 1. August 2021 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) erhoben. Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit (d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen getroffen werden sollen) definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine repräsentative Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, sodass jedes Element der Grundgesamtheit dieselbe Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen.

Befragt wurden 2.037 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Interviews dauerten im Mittel 54 Minuten und die Ausschöpfungsquote lag bei 50,3 Prozent. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet, um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen. Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch die Ipsos GmbH erhielt das ZMSBw am 9. August 2021 den Datensatz, der Grundlage der vorstehenden Auswertungen ist.

Die Durchführung der Bevölkerungsbefragung wurde durch die Pandemielage im Befragungszeitraum nicht wesentlich beeinflusst. Während der Interviews wurde stets auf die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln geachtet.

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) mit Sitz in Potsdam betreibt als Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung und leistet einen Beitrag zur wissenschaftsbasierten Politikberatung.

Der vorliegende Bericht präsentiert die wichtigsten Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2021. Zentrale Themen sind das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die öffentliche Wahrnehmung, die Arbeitgeberattraktivität sowie die gesellschaftliche Akzeptanz der Bundeswehr sind weitere Themenbereiche.

Dr. Timo Graf, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.